

und klagt es sich leichter, als zum Gericht, von welchem bald dieses bald jenes Mitglied dieselben Sachen bearbeitet. Der Bezirksrichter und das im Bezirke lebende Volk lernen sich besser kennen und das ist wohlthätig für das Volk und den Staat. Diesem nach können wir nicht einsehen, warum, wenn doch einmal eine Veränderung eintreten soll, nicht durchweg wie im Rheinland, Bezirksrichter eingeführt sind.

Was sodann die Kreis-Gerichte anbelangt, so hätten jedem Kreis-Gerichte wenigstens zwei bis drei landrätliche Kreise untergeben werden sollen. Es wird sich bei der in der Verordnung beschlossenen Einrichtung bald herausstellen, daß viele Richter und Staatsanwaltposten hätten erspart werden können. Es ist aber unerlässlich die Staatsausgaben zu vermindern. Aber noch etwas anderes ist dabei zu bedenken. Bei den immerhin zu beschränken den Staatsausgaben werden die Richterposten und die Staatsanwälte mit keinem ausreichenden oder angemessenen Einkommen begabt werden können. Was wird das zur Folge haben? Zwei große Uebelstände. Einmal werden die ausnahmsweise vorhandenen Bezirksrichter und selbst die Kreisrichter stets darauf bedacht sein, sobald es nur irgend geht, zur Advokatur, zum Notariat, in die Appellationsgerichte und zu andern Verwaltungsbehörden überzugehen, so daß durch die häufigen Veränderungen im Gerichtspersonal die vorbemerkten Nachtheile das Volk noch härter treffen werden. Sodann ist zu bedenken, daß die Erziehung und Ausbildung zum Richter sehr kostspielig ist; sind nun die Stellen schlecht besoldet, so werden viele Eltern ihre Söhne von dieser Laufbahn zurückhalten, und der Staat daher eine beschränkte Auswahl haben unter den Richterandidaten. Auch werden sich tüchtige Leute überhaupt nicht in diese Laufbahn begeben, da tüchtige Leute, dazu mit etwas Vermögen, im Handel, Landbau und Gewerbe bei weitem mehr und in Ehren verdienen können, als in dürftig ausgestatteten Gerichtsstellen. Zu arbeiten wird es in denselben immerhin genug und einzunehmen wenig geben. Was könnte daraus werden? Dürfen wir zugeben, daß die Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit unsrer Richter in Gefahr komme — worauf wir Preußen mit vollem Rechte bisher so stolz sein konnten? Nimmermehr, denn wehe dem Volke, dessen Vertrauen zu seinen Richtern geschwächt wird.

Dasselbe gilt mehr oder weniger von den zu kleinen Sprengeln der Appellationsgerichte, wiewol hier die Nachtheile nicht so grell hervortreten.

Alle übrigen Bestimmungen dieser Verordnung über Verfahren und Instanzenzug sind trefflich, und willkommen zu heißen.

Nur müssen wir bedauern, daß den Gerichten auch jetzt noch nicht das Kostenwesen abgenommen, und den Steuer-Cassen überwiesen ist. Dasselbe gilt vom Exekutionswesen. Soll in dieser Beziehung dem Volke eine durchgreifende Erleichterung gewährt werden, so müssen alle Arten von Exekutionssachen vereinigt und einem Exekutions-Amte übergeben werden, welches unter die Leitung eines Rechtsverständigen zu stellen wäre. Endlich ist es auch eine unabwiesbare Forderung der Zeit, daß den Gerichten die Verhandlungen der s. g. freiwilligen Gerichtsbarkeit abgenommen und den Notaren überwiesen, das Notariat aber vom Geschäfte der Advokaten (Rechtsanwälte) gänzlich getrennt werde. —

Deutschland.

Berlin, 13. Januar. Die Urwähler der Dorfgemeinde Neßlin bei Kolberg hatten sich mit einer Vorstellung an Se. Majestät den König gewandt, um eine Lösung der Zweifel zu erhalten, in welche sie durch heimlich und angeblich im Allerhöchsten Auftrage verbreitete Flugschriften versetzt worden waren. Sie fragten in dieser Vorstellung namentlich an, ob, wie ihnen in solchen Flugschriften mitgetheilt worden, Se. Majestät der König wirklich durch Seine Rathgeber gezwungen worden sei, die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung aufzulösen und die Verfassung vom 5. December zu verleihen; ob es ferner der Allerhöchste Wille sei, das Grund-Eigenthum zu theilen und den Besitzlosen zuzuwenden, und ob nur die Gutsbesitzer und Beamten der Ausführung dieser Absicht hindernd entgegenträten, ob sie endlich nach dem Willen Sr. Majestät bei den bevorstehenden Wahlen mit Ausschluß der größeren Grundbesitzer nur Leuten aus ihrer Mitte ihre Stimme geben sollten? Die Bittsteller erbaten sich die unmittelbare Belehrung Sr. Majestät über diese Punkte, so wie eine bestimmte Anweisung über die Person des zu Wählenden, indem sie nur zu Allerhöchstdenselben in dieser Beziehung volles Vertrauen hätten und das, was ihnen von Sr. Majestät angerathen werde, unbedingt ausführen würden. Se. Majestät der König haben hierauf folgendes Allerhöchste Schreiben an die Bittsteller erlassen:

„Auf die Vorstellung vom 5. d. M., deren treue und vertrauensvolle Worte Meinem Herzen wohlgethan haben, eröffne Ich Euch folgendes:

Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung habe Ich auf den Rath Meiner Minister, aber in eigener, freier Entschliebung aufgelöst.

Niemand anders hat Mich dazu gezwungen, als jene Versamm-

lung selbst, indem die Mehrzahl ihrer Mitglieder Meinem Rufe, in Brandenburg ihre Beratungen fortzusetzen, nicht folgte, und durch gesetzwidrige Beschlüsse den Staat und Mein Königliches Haus in die äußersten Gefahren brachte.

Ich durfte es nicht dulden, daß durch die Verirrungen jener Abgeordneten die von Mir verheißenen Freiheiten länger dem Lande vorenthalten und Ruhe und Ordnung länger gestört und dadurch das Gedeihen der Gewerbe und die Wohlfahrt des Landmanns beeinträchtigt wurden.

Ich habe demnach bei Auflösung jener Versammlung ebenfalls aus freier, eigener Bewegung Meinem Volke ausgedehnte Rechte und Freiheiten in einer Verfassungs-Urkunde feierlich verbrieft. Die nochmalige genaue Prüfung und jede mögliche Verbesserung der Verfassung sind vorbehalten und werden unter Mitwirkung der jetzt zu wählenden Abgeordneten ausgeführt werden.

Nachdem solchergestalt ein geordneter Zustand gegründet, und nachdem auch das mehrfach erschütterte Ansehen des Gesetzes wiederhergestellt worden, wird, so hoffe Ich zu Gott, das preussische Volk neuem Ruhme und erhöhtem Glücke entgegengehen, und die Segnungen einer wohlgeordneten, sorgsam und kräftigen Regierung werden allen Einwohnern des Staates, vornehmlich auch den Armen und Besitzlosen, deren Lage zu verbessern Ich eifrigst bemüht bin, zu Statten kommen. Diejenigen täuschen Euch aber und verdienen Euer Vertrauen nicht, welche Euch sagen, es sei Meine Absicht, die Besitzenden ihres Eigenthums zu berauben und es an die Besitzlosen zu vertheilen. Damit würde Niemanden geholfen, wohl aber Recht und Gerechtigkeit, welche aufrecht zu erhalten Mein von Gott Mir ertheilter heiliger Beruf ist, in schmählicher Weise verletzt werden. Fragt Ihr endlich, wen Ihr wählen und als Abgeordneten nach Berlin senden sollt, so habe Ich zwar darüber bestimmte Vorschriften nicht zu ertheilen und hoffe, daß mein biederer und treuer Volk seiner würdige Vertreter ausersehen wird; Meinen Rath aber will Ich Euch nicht versagen: lenkt Eure Wahl auf Männer, die eine wahre Liebe zum Vaterlande befeelt, vor denen Ihr aufrichtige Achtung wegen ihres ehrbaren und tadellosen Wandels hegt, die ein warmes Herz für die Armen durch Thaten bewährt und genügende Einsicht und Willenskraft haben, um bei der Gesetzgebung des Staates zum Glück und Heil seiner Einwohner gedeidlich mitzuwirken. Solche Männer wählt, wo Ihr sie findet, unter Gutsbesitzern oder Bauern, unter Niederen oder Hohen; hütet Euch aber vor denen, welche Euch mit unerfüllbaren Hoffnungen schmeicheln, welche Haß und Unfrieden säen und Euch die verdächtigen, welche Ihr zeit Eures Lebens als zuverlässig und redlich kennen gelernt habt.

Eure Bitte in Gnaden gern gewährend, habe ich diesen Bescheid, dessen Veröffentlichung Ich Euch gestatte, eigenhändig vollzogen und lasse ihn Euch unmittelbar zukommen.

Berlin, den 12. Januar 1849.

Friedrich Wilhelm.
gegeg. v. Manteuffel.

An

den Schulzen Krengel, den Tagelöhner Gräber und die übrigen Urwähler

in Neßlin bei Kolberg.

(St. Anz.)

Dortmund, den 12. Januar 1849. Am 6. d. M. fand hier der Congreß der constitutionell-monarchischen Vereine Rheinlands und Westfalens statt, um theils über mehrere politische Fragen theils und besonders über das Verhalten bei den bevorstehenden Wahlen zu berathen und zu beschließen. Referent hat dem größten Theil der Debatte (den Anfang zu hören, war er leider verhindert) beigewohnt und ist von der herrlichen Gesinnung, die sich aussprach, wie von dem parlamentarischen Takte des Vorstandes und der Redner so befriedigt worden, daß er nur den Wunsch hegen konnte, dieser Congreß möchte das Bild der bevorstehenden Kammern sein. Der Verlauf der Verhandlungen und die Beschlüsse werden hoffentlich vom Vorort officiell bekannt gemacht werden; daher hier nur einige Einzelheiten. Der Hauptbeschuß, daß nämlich die verbundenen Vereine den vom Könige am 5. December publicirten Verfassungs-Entwurf als zu Recht bestehend anerkennen und die Durchbildung desselben durch Vereinbarung der Kammern mit der Krone als die Aufgabe betrachte, entschied schon die Richtung des Congresses: veranlaßte jedoch fünf Vereine von extremer demokratischer Tendenz auszuschneiden. Möge dieses Beispiel Nachahmung finden; denn was sich nicht verträgt, kann sich nicht vermählen. Es kann wohl von einer Linken und Rechten die Rede sein, aber beide müssen auf constitutioneller Basis stehen; wo diese fehlt, ist kein gemeinschaftliches Wirken zum Ziele möglich.

Dem ersten Beschlusse zufolge einigte man sich nach gewandter und umsichtiger Debatte ohne Schwierigkeit und stets mit entschiedener und großer Majorität über die Annahme oder Verwerfung der nun folgenden Anträge.

So wurden abgelehnt: der gut gemeinte und ziemlich beredt eingeführte Antrag, den Deputirten für die erste Kammer Reisekosten zu zahlen, weil er eben gegen die Bestimmung der Verfas-